

Es reicht!

Blut, Schweiß und Tränen fordert die deutsche Regierung von den Arbeitern und den Arbeitslosen.

Bluten sollen die Kranken!

Die Regierung will die Bezahlung des Krankengeldes abschaffen. Die Unternehmer machen Jagd auf Kranke, viele schleppen sich trotz Krankheit an ihren Arbeitsplatz, um nicht gefeuert zu werden. Dadurch werden sie erst richtig krank. Haben sie sich dann kaputt geschuftet, so soll es bei Krankheit nur noch 6 Wochen Lohnfortzahlung geben und dann ist Schluß. Keinen Cent mehr von den Krankenkassen, in die die Arbeiter tagtäglich einzahlen. Wer es sich leisten kann, soll doch eine Zusatzversicherung für Krankheit abschließen. Das verlangte Kanzler Schröder in seiner Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede am 15. März im Reichstag.

Ein glatter Verstoß gegen das Grundgesetz. Artikel 20 des Grundgesetzes legt fest, dass die BRD ein Sozialstaat ist. Wo aber bei Krankheit kein Krankengeld mehr gezahlt wird, da gibt es keinen Sozialstaat mehr. Und nach Artikel 20 des Grundgesetzes beginnt hier die Pflicht zum Widerstand.

Die Tarife sollen ausbluten!

Schröder will den Flächentarif vollständig zerstören. Unternehmen und Betriebsräte sollen Verschlechterungen unterhalb des Tarifs vereinbaren können. „Betriebliche Bündnisse“ nennen sie es. Der Kapitalist geht zum Betriebsrat und fordert längere Arbeitszeiten ohne Lohn, ansonsten müsse er Entlassungen vornehmen. Der Betriebsrat ist das schwächste Glied in der Kette, da er nicht zum Streik aufrufen darf. Der Staat hat ihn geknebelt und aller Machtmittel beraubt. Der Betriebsrat unterschreibt, dass die Belegschaft künftig mehrere Stunden in der Woche ohne jeden Lohn arbeiten muß – wie die Sklaven. Der Kapitalist stellt dann fest, dass die Lohndrückerei noch immer nicht reicht und verlangt weitere Lohnsenkungen, sonst müsse er einige Beschäftigte entlassen. Der Betriebsrat wird erneut zustimmen. Nach unten gibt es keine Grenze – außer dem Streik der Arbeiter. Solche „Bündnisse“ gibt es heute schon zu Tausenden.

Schröder verlangt von den Gewerkschaften „weit mehr“ betriebliche Bündnisse. Er verlangt, die Gewerkschaften sollen freiwillig den Flächentarif dem Kapital zum Fraß vorwerfen. Machen die Gewerkschaften das nicht freiwillig, dann will Schröder die Liquidierung des Flächentarifs gesetzlich durchsetzen! Ein glatter Verstoß gegen die gesetzlich verankerte Tarifautonomie!

Dem Kündigungsschutz weint die Regierung keine Träne nach!

In Betrieben mit weniger als fünf Beschäftigten gibt es keinen Kündigungsschutz. Das war bisher auch schon so. Neu geregelt wird, dass alle befristet Beschäftigten und alle Leiharbeiter nicht mehr zu den Beschäftigten des Betriebes gezählt werden sollen. Hat ein Betrieb mit 300 Beschäftigten künftig vier Stammbeschäftigte, 96 Befristete und 200 Leiharbeiter, dann gilt für die Beschäftigten das Kündigungsschutzgesetz nicht mehr. Nach Umsetzung der Hartz-Gesetze sollen Millionen feste Arbeitsplätze in Leiharbeitsplätze umgewandelt werden, über 50-jährige können bis zum 65. Lebensjahr befristet und ohne festen Arbeitsvertrag ausgebeutet werden. Und welcher Kapitalist wird nach all diesen Leckerbissen noch einen Arbeiter fest einstellen? Die Regierung setzt um, was das Großkapital verlangt.

Es kommt noch dicker. Bei den Kündigungen wird die Sozialauswahl verschlechtert. Auch Ältere, die Jahrzehnte im Schweiß ihres Angebots in einem Betrieb geschuftet haben und dabei krank und gebrechlich wurden, sollen nicht mehr durch die Sozialauswahl geschützt, sondern wie Freiwillig gefeuert werden. Tagelöhner und Leibeigenschaft feiern fröhliche Urstände, erneut aus der Taufe gehoben vom Staat des Monopolkapitals.

Die Arbeitslosen sollen noch mehr bluten

Schröder will das Arbeitslosengeld massiv kürzen. Bis zum 55. Lebensjahr gibt es nur noch 12 Monate lang Arbeitslosengeld. Danach ganze 18 Monate. Bisher bekommt ein 55-jähriger 32 Monate lang Arbeitslosengeld. Jahrzehnte Arbeitslosenversicherung gezahlt, und dann betrogen und enteignet!

In Österreich und Frankreich

Na ja, dass die Griechen, Spanier und Franzosen streiken, das weiß man ja, aber bei denen ist eben alles anders, mit uns kann man das nicht vergleichen. So denken viele. Aber was sagt man jetzt dazu, dass sogar in Österreich gestreikt wird? Der größte Streik, der erste landesweite Streik seit 50 Jahren, heißt es. Dabei geht es um Verschlechterungen, die in Deutschland längst Tatsachen sind wie die Anhebung des Rentenalters auf 65 Jahre und die Abschaffung der Frührente bzw. die Einführung von Abschlägen, wenn man früher in Rente geht. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hatte für Dienstag, den 6. Mai, zu einem Protesttag aufgerufen. Rund 500 000 Menschen beteiligten sich nach seinen Angaben an Aktionen wie Betriebsversammlungen, Verkehrsblockaden und mehrstündigen Streiks. Die Drucker und Eisenbahner machten am Montag abend den Anfang. 1230 Güterzüge verkehrten in der Nacht nicht. Nur drei Regionalzeitungen konnten erscheinen. Der Chef der „Vorarlberger Nachrichten“ ließ die Zeitungen mit einem Hubschrauber ausfliegen (den er dem ÖGB in Rechnung stellen will), um eine Blockade vor dem Betrieb zu umgehen. Am Morgen fuhren in den größeren Städten keine öffentlichen Verkehrsmittel. Der Unterricht an den weiterbildenden Schulen fiel aus – aus Protest auch gegen Stundenkürzungen. Unter den Aktionsbetrieben der Gewerkschaft Metall-Textil finden wir bekannte Namen wie: MAN, Siemens, Infineon Technologies, Bosch, Porsche, Alstom (siehe www.metaller.at).

Bereits eine Woche später, am Dienstag, den 13. Mai, ging es weiter mit landesweiten Aktionen. Allein in Wien demonstrieren auf dem Heldenplatz etwa 100.000 trotz heftigen Unwetters ihre Kampfbereitschaft. Die Lehrer an Pflichtschulen sorgten für 95%igen Unterrichtsausfall.

Am gleichen Tag folgten auch in Frankreich mehr als 1 Million dem Aufruf der französischen Gewerkschaften zu Demonstrationen und Streiks. Flugzeuge blieben am Boden, Busse, Züge und U-Bahnen blieben in den Depots. Der öffentliche Nahverkehr in Paris und vielen anderen Städten kam völlig zum Erliegen. Und auch die nicht direkt betroffenen Kolleginnen und Kollegen bei der Post, dem Energieversorger EDF und der France Telekom zeigten sich solidarisch. Sie hatten schon 1995 gegen die damals geplanten Pensionskürzungen unsere einzige ebenbürtige Waffe, den Streik, eingesetzt – und gewonnen.

Wissen ist Macht

Nein zu Hartz

Pläne der Hartz-Kommission
und
Hartz-Gesetze
Eine neue Gesetzgebung (18.1.2002)

Seite	Titel
1	Nein zu Hartz
2	Pläne der Hartz-Kommission
3	Hartz-Gesetze
4	Die neue Gesetzgebung (18.1.2002)
5	Nein zu Hartz
6	Pläne der Hartz-Kommission
7	Hartz-Gesetze
8	Die neue Gesetzgebung (18.1.2002)
9	Nein zu Hartz
10	Pläne der Hartz-Kommission
11	Hartz-Gesetze
12	Die neue Gesetzgebung (18.1.2002)
13	Nein zu Hartz
14	Pläne der Hartz-Kommission
15	Hartz-Gesetze
16	Die neue Gesetzgebung (18.1.2002)
17	Nein zu Hartz
18	Pläne der Hartz-Kommission
19	Hartz-Gesetze
20	Die neue Gesetzgebung (18.1.2002)
21	Nein zu Hartz
22	Pläne der Hartz-Kommission
23	Hartz-Gesetze
24	Die neue Gesetzgebung (18.1.2002)
25	Nein zu Hartz
26	Pläne der Hartz-Kommission
27	Hartz-Gesetze
28	Die neue Gesetzgebung (18.1.2002)
29	Nein zu Hartz
30	Pläne der Hartz-Kommission
31	Hartz-Gesetze
32	Die neue Gesetzgebung (18.1.2002)
33	Nein zu Hartz
34	Pläne der Hartz-Kommission
35	Hartz-Gesetze
36	Die neue Gesetzgebung (18.1.2002)
37	Nein zu Hartz
38	Pläne der Hartz-Kommission
39	Hartz-Gesetze
40	Die neue Gesetzgebung (18.1.2002)

Wer kämpft kann verlieren. Wer nicht kämpft hat schon verloren!

Aus dem Vorwort:

Die Pläne der Hartz-Kommission („Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“) wurden wenige Tage nach der Bundestagswahl als Gesetze vom Bundestag am 15.11.2002 im Eilverfahren verabschiedet. Dutzende Gesetzbücher sollen geändert werden und kaum jemand blickt noch durch, was nun Sache ist.

Wir haben in dieser Synopse die wichtigsten Pläne der Hartz-Kommission mit den neuen Gesetzen zu Hartz verglichen.

In Betrieben und Gewerkschaftsebenen wird zur Stunde der Kampf gegen die Hartz-Gesetze geführt oder begonnen. Aber auch nach in Kraft treten dieser Gesetze kann der Kampf nicht beendet sein. Denn Gesetze können jederzeit wieder zurückgenommen werden. Was ständig neu verhandelt wird, kann auch im Ganzen zurückgenommen werden.

Mit den Hartz-Gesetzen können wir nicht leben, sie müssen wieder vom Tisch. Dies verdeutlicht auch die Aussage Schröders, der angesichts der Hartz-Pläne von der größten Arbeitsmarktreform seit dem Jahr 1949 spricht. Das ist das Zurückschlagen unserer Arbeitsrechte und Tarifverträge in die Vorzeit der BRD ...

**Flugschrift der
Kommunistischen
Arbeiterzeitung
(10. Nov. 2002)**

DIE REGIERUNG BEDROHT EUCH

Durch die Hartz-Gesetze des staatlich organisierten Lohnraubs durch die Hartz-Gesetze des staatlich organisierten industriellen Leibeigenen durch die Hartz-Gesetze der Bezahlung von Lehrstellen durch die Arbeitertamilien durch die Hartz-Gesetze der Aufhebung des Kündigungsschutzes und anderer Arbeiterrechte durch die Hartz-Gesetze, die dem Arbeitslosen und Sozialempfänger die Stütze rauben

Alle reden von der Staatsverschuldung – wir nicht!

Wir reden vom ungeheuren Reichtum einiger Großbanken.

Sie drängen ihrem Staat überschüssiges Kapital als Kredite auf, für die sie ungeheure Zinsen kassieren. Die Regierung der Berliner Republik verkauft diesen Raubzug der Banken unter dem Decknamen „Staatsschulden“. Es gibt keinen Grund, mit Sparprogrammen weitere Zinsgelüste der Banken und Monopolkapitalisten zu befriedigen.

Der Kampf der Arbeiter kann nur heißen:

- Keinen Pfennig für Schuld- und Zinstilgung!
- Sofortige Aussetzung der Zinszahlungen des Staates an die Gläubigerbanken!
- Keinen weiteren Euro für die Umverteilung des Nationaleinkommens an die Gläubiger!

Wissen ist Macht:

**Broschüren und Flugschrift erhältlich bei unseren Verteilern
oder zu bestellen bei:
Verlag Das Freie Buch, Tulbeckstr. 4, 80339 München**



Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ...

Die Regierung will die Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zusammenlegen. Dann soll es nur noch Geld in Höhe der Sozialhilfe geben. Das heißt im Klartext: Die Arbeitslosenhilfe wird de facto abgeschafft. Unter 55-jährige bekommen 12 Monate Arbeitslosengeld, dann fallen sie in die Sozialhilfe – sofern sie diese überhaupt bekommen. Denn sie müssen ihre „Bedürftigkeit“ nachweisen und dürfen fast keine Ersparnisse haben. Die Arbeitslosenhilfe richtet sich nach dem letzten Verdienst im Betrieb und 1,6 Millionen Menschen sind heute auf Arbeitslosenhilfe angewiesen. Sie bekommen im Durchschnitt 500 Euro im Monat. Bei Absenkung auf Sozialhilfe werden es im Durchschnitt noch 300 bis 350 Euro monatlich sein. Aufgrund der schon beschlossenen Hartz-Gesetze werden die Voraussetzungen für den Bezug der Arbeitslosenhilfe derart verschlechtert, dass über 400.000 Empfänger von Arbeitslosenhilfe keinen Cent mehr bekommen. Der Rest kann von 300 Euro im Monat nicht leben. Millionen werden darauf angewiesen sein, dass die Verwandten sie ernähren, wenn sie die Erwerbslosen nicht sterben lassen wollen. Wie in den 20er Jahren.

... heißt Abschaffung der Tarife

„Der Arbeitslosenschutz hat, wie auch wir nicht bestreiten, starke lohnpolitische Auswirkungen. Indem er den Arbeiter gegen den Hunger schützt, bewahrt er ihn vor der Unterschreitung des Tariflohns“ schrieben schon 1930 die Gewerkschaften. Millionen Arbeitslose sollen mit Hilfe des Staates als Lohndrücker mißbraucht werden, darum geht es. Abschaffung der Arbeitslosenhilfe heißt Abschaffung der Tarife. „Betriebliche Bündnisse“, Millionen hungernder Arbeitsloser, Hunderttausende ohne Krankengeld, Millionen schlecht bezahlte Leiharbeiter ohne Kündigungsschutz durch die Hartz-Gesetze machen deutlich:

Die Regierung führt Krieg gegen Dich, gegen die Arbeiterklasse!

Schamlos nennt der Kanzler diesen Krieg gegen die Arbeiter „Umbau des Sozialstaats“. Das ist

eine glatte Lüge. Die Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede des Kanzlers verkündete er unter der Losung: *„Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung“*. Den Krieg gegen die Arbeiter, den Bruch des Grundgesetzes nennt Schröder eine *„Veränderung“*. Das ist eine einzige Intrige, genauso wie seine Behauptung, die deutsche Regierung wäre für den Frieden. In seiner Rede sagte der Kanzler der Bosse, worum es geht: Der Sozialraub muss fortgesetzt, die Tarife zerschlagen, die Arbeiter vollends machtlos gemacht werden, um Deutschland *„wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa zu führen“*. So viel zum deutschen Frieden. 1990 die DDR kassiert, heute Europa erobert und morgen die ganze Welt – bis wieder alles in Trümmer fällt. Heute der Krieg gegen die Arbeiter und das Volk im eigenen Land und morgen gegen die Völker der Welt. Alte deutsche Tradition, schon immer getarnt mit Friedenssirenen.

Es ist fünf vor zwölf – Zeit zum Aufstehen gegen die deutsche Regierung!

Gegen die Hartz-Gesetze haben die Arbeiter nicht gestreikt. Blut und Schweiß und Tränen sind die Quittung des deutschen Staates. Je länger das Schweigen anhält, desto schlimmer werden die Grausamkeiten. Da kennt das Kapital keine Grenzen – nur noch Streik kann die Regierung und das Kapital stoppen.

Kolleginnen und Kollegen,

verlangt von euren Vertrauensleuten die Einleitung von Kampfmaßnahmen, verlangt von den Gewerkschaften die Organisation des Streiks. *Erinnert euch: Als die Kohl-Regierung 1996 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall angegriffen hat, haben wir dagegen gestreikt und waren erfolgreich. Die Schröder-Regierung will euch an den Bettelstab bringen und die letzten Arbeiterrechte rauben – auch sie muß gestoppt werden. Jeder Tag ohne Streik ist ein verlorener Tag, jeder Tag ohne Streik kostet euer Krankengeld, eure Tarife, euren Kündigungsschutz, eure Rente und eure Gesundheit, eure Zukunft und die eurer Kinder.*

Es liegt an euch, wie es weitergeht.

Ihr habt es in der Hand.

Organisiert den Streik!

Viele Räder standen still

Proteststreik von 4.000 Arbeitern gegen Schröders Sozialraub in Schweinfurt

Schweinfurt, den 29. April 2003, 9.00 Uhr vormittags. Am Haupttor von ZF Sachs im Schweinfurter Süden wehen rote Fahnen der IG Metall. Langsam kommen die ersten Arbeiter aus den Fabrikhallen. Die Kolleginnen und Kollegen wollen gegen die geplante "Streichung des Krankengeldes", gegen die "Reduzierung des Kündigungsschutzes", gegen die "Kürzung des Arbeitslosengeldes" durch die Schröder-Regierung auf die Straße gehen. An ihren Gesichtern kann man den Ernst der Lage ablesen. Einige Hundert versammeln sich am Tor. Auf ihren Transparenten ist zu lesen: "Denk ich an Rürup und an Hartz - wird mir vor den Augen schwarz", "Schröder, Stoiber, Eichel, Merkel - sozialpolitisch alles Ferkel" und zwei Schweine sind auch darauf zu sehen. Kurz nach 9.00 Uhr setzt sich der Demonstrationzug in Bewegung. Angeführt von dem Transparent: "Hartz, Rürup - was noch? Widerstand gegen Sozialraub" und vielen Fahnen der IG Metall. Vorbei an der Kugellagerfabrik SKF, wo sich noch einige Hundert Blaumänner einreihen. Ein imposanter Zug bewegt sich zum Kundgebungsplatz. Dort sind inzwischen dreitausend Kolleginnen und Kollegen von ZF Sachs, SKF, Bosch Star Rexrot, FAG Kugelfischer u.a. aus dem Schweinfurter Norden eingetroffen. Insgesamt stehen viertausend Metallarbeiter gegen die Pläne Schröders vor der Rednerbühne. Ihre Haltung haben sie unmißverständlich mit Pinsel und Farbe auf den Stoff gemalt: "Sozialabbau ist Krampf. Ihr fordert uns zum Kampf", "Jugend kämpft mit" und "Gegenwehr. Schröder, wir kuschen nicht. Generalstreik".

Betriebsräte der großen Metallfabriken sprechen. Sie sprechen über den Ernst der Lage und warnen vor dem Systemwechsel durch Schröders Sozialabbau. Sie sprechen über die Angriffe auf die Gewerkschaften. Sie erinnern an die Verschlechterung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch die Kohl-Regierung im Jahre 1996 und die Kollegen auf dem Platz erinnern sich noch sehr genau an die Streiks dagegen. Sie sprechen davon, wie sie damals den Kampf organisierten und dieser Stück für Stück anwuchs. Bis schließlich über 350.000 in Bonn gegen Kohl demonstrierten. Heute, so verlangen sie, müssen wir nach Berlin. Nach ihnen spricht Jürgen Peters, zweiter Vorsitzender der IG Metall. Zum Schluß erklärt der Schweinfurter IGM-Bevollmächtigte den zweieinhalbstündigen Protest zu einem ersten Auftakt, bei dem es nicht bleiben kann. Andere müssen folgen und es muß zu bundesweiten Protesten kommen.



Kolleginnen und Kollegen, die Schweinfurter Metallarbeiter haben den Ernst der Lage erkannt und gehandelt. Sie haben die Streikfront gegen die Berliner Regierungspläne eröffnet. Du mußt sie erweitern, mit Deinen Kollegen, mit Deiner Gewerkschaft. Jetzt kann es nur noch heißen:

SOFORTIGER STREIK
Gegen Regierung und Kapital
ARBEITER erkenne DEINE Macht

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Flugschrift der Kommunistischen Arbeiterzeitung (Mai 2003) · Druck + Verlag: Das Freie Buch, Tulbeckstr. 4, 80339 München
<http://www.arbeiterbund-fuer-den-wiederaufbau-der-kpd.de>